

N I E D E R S C H R I F T

über die 29. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	12.12.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:50 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Stv Strunk, Christine - als Vorsitzende -
AM Bäbler, Walter
AM Dehmel, Michael
Stv Fries, Traute
Stv Gierlich, Michael
AM Klein, Hermann - für Stv Steuber, Burkhard bis 18.30 Uhr, während TOP 2 nÖT -
Stv Müller, Manfred
Stv Schiemer, Hansgeorg - ab 17.00 Uhr, während TOP 5 öT -
AM Schlabach, Alfred - für AM Hecker, Heribert bis 18.30 Uhr, während TOP 2 nÖT -
Stv Stahl, Markus - bis 18.30 Uhr, während TOP 2 nÖT -
AM Vetter, Wolfgang
AM Dr. Volz, Peter

II. Beratendes Mitglied:

AM Brandl, Willi - bis 18.20 Uhr, während TOP 7 öT -

III. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Bender - vom Kreis Siegen-Wittgenstein -
Herr Trippe - vom Kreis Siegen-Wittgenstein -

IV. Als Zuhörer:

AM Kubosch, Ralf
Stv Walter, Klaus Volker
AM Hoffmann, Günter
AM Wagener, Manfred

V. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. BD Bonstein
Städt. OVR Dr. Kraft
VA Röcher
Städt. VR Sondermann
Stl z. A. Witt - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

AM Hecker, Heribert
AM Klein, Marc
Stv Steuber, Burkhard

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um TOP 11 erweitert. Der nachgereichte TOP 10 wird unter TOP 5 des öffentlichen Teiles behandelt.

Zu Punkt 2 des nichtöffentlichen Teiles erfolgt ein Sachstandsbericht.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Schlabach bestimmt.

29. AfULE 12.12.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.11.2002

Herr Schlabach korrigiert seinen Wortbeitrag auf den Seiten 8 und 9 der Niederschrift und bittet, seine Ausführungen zu Protokoll zu nehmen. Demnach stehen der Schutz und die Hilfe für behinderte Menschen in der Baumschutzkommission vor dem Erhalt von Bäumen. Aber es ist nicht einzusehen, dass mit einer Einzelmaßnahme an der Achenbacher Straße wieder begonnen werden soll, obwohl die Verwaltung im Juni diesen Jahren auf die noch ausstehende Straßenplanung, die die Fällung eines Baumes im oberen Bereich der Achenbacher Straße mit sich bringt, von der Tagesordnung genommen hat.

Sodann wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

29. AfULE 12.12.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

29. AfULE 12.12.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

29. AfULE 12.12.2002

5. Zentraldeponie Fludersbach

- **Abfallrechtliche und abfallwirtschaftliche Fragen der Abfallentsorgung**
- **Alternative Zufahrtsmöglichkeiten zur Zentraldeponie**
- **Ausbau der Straße Fludersbach**

Vorlagenr. 2374/2002 - Vorlage vom 03.12.2002

Herr Brune weist darauf hin, dass ein Vertreter der betroffenen Firma leider nicht anwesend sein kann, aber in einer der kommenden Sitzungen wäre die Vorstellung des neuen Entsorgungskonzeptes der Firma möglich.

Herr Bender teilt dem Ausschuss mit, dass der Kreistag am 06.12.2002 die Ausschreibung der Versorgung nach 2005 beschlossen hat. Allerdings muss das Ergebnis abgewartet werden. Weiterhin hat der Kreistag sich Gedanken gemacht über eine Verlängerung des Pachtvertrages mit einer ansässigen Firma. Trotz der qualitativen Aufwertung der Firma wurde seitens des Kreistages um eine Neuverhandlung gebeten.

Bezüglich der Deponie werden Zuwegungsalternativen diskutiert, da die Deponie bis 2020 bestehen bleiben wird. Ein neuer Standort für einen Umschlagsplatz als alternative Maßnahme ist derzeit nicht in Aussicht. Der Kreisdirektor bekundet, dass er der Stadt Siegen dankbar wäre, wenn sie konkrete Alternativstandorte zur jetzigen Deponie benennen könnte.

Dennoch bleiben die Probleme mit den Zufahrten zur Sortieranlage und zur Deponie bestehen, so Herr Gierlich. Für die Bürger bzw. Anwohner muss eine baldige Lösung gefunden werden gerade im Hinblick auf die Lärmbelästigung. Auch eventuell entstehende Anliegerkosten für eine Straßensanierung müssen einkalkuliert werden.

Fraglich ist, ob sich die Kreisverwaltung an den Straßenreparaturkosten beteiligt. Eine konkrete Vorlage sollte sich erneut mit dieser Thematik befassen.

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass die betroffene Firma von anderen Anfahrts- und Abfahrtszahlen ausgeht als der Kreis Siegen-Wittgenstein. Er erkundigt sich nach der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.04.2002.

Herr Dr. Volz bemängelt, dass die Kreisverwaltung auch in der Vergangenheit schon Beschlüsse ohne eine Beteiligung der Stadtverwaltung getroffen hat. Er wünscht sich eine engere Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen.

Die Berechnungen der Anfahrten sind unterschiedlich, so Herr Walter. Er kann sich einen Rückgang der Zahlen bis 2005 nicht vorstellen. Zudem sollte sich die Kreisverwaltung intensiv um eine alternative Zufahrtssuche bemühen.

Frau Strunk teilt die Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, wonach ein alternativer Standort für die Deponie gesucht werden sollte, denn die derzeitigen Komplikationen und Probleme werden bestehen bleiben.

Die aufgestellten Zahlen für das Jahr 2005 sind nur Prognosen des Kreises, so Herr Bender. Das Zustandekommen der Zahlen der Firma ist ihm nicht geläufig. Der prophezeite Rückgang hängt mit der Verringerung der privaten Anlieferungen zusammen. Aufgrund einer Kostensteigerung in diesem Bereich werden in der Zukunft private Zulieferer auf die kommunalen Angebote, wie Sperrmüllabholungen, zurückgreifen. Zudem ist es sinnvoll, private Wertstoffhöfe zu schaffen. Eine Kostenbeteiligung des Kreises an der Straße ist nicht sichergestellt, da diese nur in geringem Maße von den Müllfahrzeugen in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Auf Frage von Herrn Vetter teilt Herr Trippe mit, dass eine Verkehrszählung während der Stoßzeiten durchgeführt worden ist. Dabei wurde festgestellt, dass nur 36 % der Fahrzeuge die Deponie ansteuern, so dass für die Sanierung der Straße ein Kostenzuschuss nicht in Betracht kommt.

Frau Strunk stellt das zugrundegelegte Rechenmodell für die An- und Abfahrtszahlen aus folgenden Gründen in Frage:

1. Die vorgelegte Verkehrszählung wurde anlässlich des Umbaus des Kreuzungsbereiches „Schleifmühlchen“ getätigt.
2. Die Umrechnung der Zahlen erfolgte auf Basis der Rushhour in den Morgen- und Abendstunden.
3. Die Zählung wurden an Zeiten durchgeführt, in denen die Deponie entweder noch nicht geöffnet bzw. bereits geschlossen hatte.

So entsteht ein verzerrtes Bild der Mobilitätsrealität. Sie verlangt eine auf die Problematik der Deponie bezogene Verkehrszählung, die nicht nur während der Rushhour durchgeführt werden sollte. Schließlich herrscht ganztägig ein starker Verkehr in der Fludersbach.

Derzeit gehen die Bürger davon aus, dass bei Wegfall der Deponie der Verkehrslärm nachlässt, so Herr Vetter. In Anbetracht der hier vorgelegten Zahlen trifft das seiner Meinung nach nicht zu. Auch die ansässige Firma hat keinen derart starken Zulieferverkehr.

Herr Brune kann die Aussage von Herrn Vetter unterstützen. Eine baldige Lösung wäre wünschenswert, aber derzeit ist die Verwaltung dabei, den Prüfauftrag abzuarbeiten. Das Ergebnis der Verkehrszählung wird der Niederschrift beigelegt.

►►► Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

6. Bericht zur Luftqualität in Siegen

Vorlagenr. 2368/2002 - Vorlage vom 11.11.2002

Auf Frage von Herrn Vetter teilt Herr Röcher mit, dass im Januar 2003 eine Vorlage zur Anschaffung eines mit Erdgas betriebenen Fahrzeuges vorgelegt wird. Dieses soll über 2 Jahre getestet werden. Im Anschluss wird dem Ausschuss ein Sachstandbericht vorgelegt.

Herrn Kubosch sind die schlechten Luftwerte in der Innenstadt aufgefallen, daher sollte der Bericht dringend weitergeführt werden, um Veränderungen der Luftqualität im positiven und negativen Sinne kenntlich zu machen.

Die Ursache für diese schlechte Luftqualität liegt nach Auffassung von Frau Strunk auch in fehlenden Grünanlagen im Stadtgebiet. Daher sollten die noch vorhandenen Anlagen bestmöglich geschützt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Luftqualität in Siegen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen Daten fortzuschreiben und hierüber regelmäßig zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

29. AfULE 12.12.2002

**7. Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen;
hier: Sachstandsbericht 2002**

Vorlagennr. 2370/2002 - Vorlage vom 11.11.2002

Herr Schiemer weist darauf hin, dass der Bericht für eine offensive Durchführung mehr ins Detail hätte gehen sollen.

Zu Punkt 4.4 führt Herr Vetter aus, dass das Angebot an P & R - Parkplätzen weiter von der Stadt unterstützt werden muss. Dazu gehört auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Hierzu könnten auch Zuschüsse seitens der Verwaltung in Betracht gezogen werden, wie in anderen Städten bereits üblich ist.

Herr Gierlich bittet in die Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ auch seitens des Umweltausschusses einen Vertreter zu entsenden.

Zu Punkt 5 stellt Herr Kubosch fest, dass die Abholzung der alten Baumbestände zugunsten von Jungbäumen stark vorangetrieben wird. Die Sauerstoffproduktion ist dadurch eingeschränkt, was die schlechte Luftqualität in Siegen verstärkt.

Herr Schlabach führt dazu aus, dass der Baumbestand in Siegen unter Mitsprache aller Fraktionen sorgfältig und gezielt geprüft wird. Es finden keine willkürlichen Fällungen der alten Bäume statt.

Fazit:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege kommt überein, aus jeder Fraktion folgende Vertreter in die Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ zu entsenden:

CDU - Fraktion:	ein Mitglied wird noch benannt
SPD - Fraktion:	Herrn Manfred Müller
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:	Herrn Kubosch
UWG - Fraktion:	Herrn Vetter
FDP - Fraktion:	Herrn Schneider.

►►► Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

**8. Sitzung der städtischen Baumkommission am 21.11.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

Vorlagennr. 2375/2002 - Vorlage vom 26.11.2002

Herr Kubosch teilt mit, dass der letzte der alten Ahornbäume gefällt worden ist. Es lag zwar ein neutrales Gutachten über diesen Baum vor, dennoch möchte er darauf hinweisen, dass viele der alten Bäume trotz Krankheiten oder anderen Schäden

bestehen bleiben können.

►►► Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

**9. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 7
- Städtebau und Umwelt**

Vorlagenr. 2349/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

►►► Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

10. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Reinigung von Verbindungswegen

Herr Röcher weist darauf hin, dass im Rahmen einer Überprüfung festgestellt worden ist, dass viele Verbindungswege von der Stadtverwaltung gereinigt werden, obwohl private Anlieger dafür zuständig wären. Zudem kommen oftmals Anfragen zur weiteren Verfahrensweise von älteren Mitmenschen, die eine Reinigung nicht mehr vornehmen können.

In diesem Zusammenhang macht Herr Stahl darauf aufmerksam, dass die Beschilderung über eine Benutzung des Weges im Winter auf keiner rechtlichen Grundlage basiert. Daher sollten die Schilder abmontiert werden. Weiterhin könne man Streukisten an den betroffenen Wegen aufstellen.

Herr Schiemer schlägt vor, beim Sozialamt und anderen karitativen Organisationen anzufragen, ob dort Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die diese Arbeiten verrichten könnten.

Der Seniorenbeirat hat dieses Thema bereits beraten, so Herr Wagener. Auch das Arbeitsamt vermittelt günstige Aushilfen.

Herr Röcher teilt mit, dass diese Informationen an die Betroffenen weitergegeben werden.

b) Blei im Trinkwasser

Das Ergebnis aus der Beratung in der letzten Sitzung bezüglich des Bleigehaltes im Trinkwasser liegt den Ausschussmitgliedern nun in Form einer Broschüre vor, so Herr Dr. Kraft.

c) Biomüllsäcke

Herr Röcher weist darauf hin, dass der Inhalt der Säcke bei der nächsten Bestellung auf 80 Liter erhöht wird.

▶▶▶ Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 8

Vorlagenr. 2405/2002 - Vorlage vom 02.12.2002

▶▶▶ Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege nimmt Kenntnis.

29. AfULE 12.12.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Sondermann

Datum
03.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

12.12.2002

Betreff:

Zentraldeponie Fludersbach

-Abfallrechtliche und abfallwirtschaftliche Fragen der Abfallentsorgung

-Alternative Zufahrtsmöglichkeiten zur Zentraldeponie

-Ausbau der Straße Fludersbach

Beschlussvorschlag:

x

Sachverhalt / Begründung:

1. Abfallrechtliche und abfallwirtschaftliche Fragen der Abfallentsorgung

In seinen Sitzungen am 09.04. und 11.07.2002 waren dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie die Vorstellungen des Kreises bezüglich der Perspektiven der Kommunalen Abfallwirtschaft unterbreitet worden. Insoweit wird auf die Verwaltungsvorlage vom 14.03.2002 nebst den beiden dort als Anlagen beigefügten Schreiben des Kreises vom 05.11.2001 und 14.01.2002 sowie die Sachvorträge in den Sitzungen hingewiesen.

Wie der Kreis mehrfach betont hat, stellt die Sortieranlage für Baustellenmischabfälle und gleichartige Abfälle gewerblicher und industrieller Herkunft sowie von Sperrmüll auf dem Deponiegelände einen wesentlichen Baustein zur Erreichung der Zielsetzungen des Abfallwirtschaftskonzeptes dar. Mit dem Betrieb dieser Anlage ist gewährleistet, dass die Menge der relativ aufwändig und somit kostenintensiv zu beseitigenden Restabfälle auf ein unvermeidbares Minimum begrenzt wird.

V. a. wirkt sich der Standort der Anlage auf der Deponie vorteilhaft aus, da hier wesentliche Teile der deponieseitigen Infrastruktur im Rahmen des Pachtverhält-

nisses mit genutzt werden können. Auch aus abfallgebührenmäßiger Sicht liegt der Betrieb der Anlage im wesentlichen Interesse des Kreises.

Hierzu hatte der Kreis erläuternd Folgendes mitgeteilt:

„Auch liegt der Betrieb der Anlage über die genannten abfallwirtschaftlichen Zielsetzungen der Abfallverwertung im Interesse des Kreises, da die hier anfallenden Sortierreste als „Abfälle zur Beseitigung“ dem Kreis als öffentlich-rechtlichem Versorgungsträger zu überlassen sind und somit in bedeutender Weise die Abfallgebühreneinnahmesituation verbessern. Diese Tatsache wirkt sich vor dem Hintergrund des Rückganges der Abfallmengen aus anderen Herkunftsbereichen bei gleichen Fixkosten für die Deponie zzt. noch positiv auf die ohnehin steigenden Abfallgebühren aus. Dies ist umso bedeutender, als dass nach dem 31.05.2005 das erschlossene Deponievolumen ohnehin nicht mehr vollständig genutzt werden kann. Für die Beseitigung der Sortierreste wird kein zusätzlicher Deponieraum in Anspruch genommen. Die Beseitigung erfolgt vielmehr im Rahmen der ohnehin nur noch möglichen restriktiven Betriebsweise der Deponie. Im Übrigen ist zu erwarten, dass aufgrund der neuen abfallrechtlichen Situation schon 2003 die überregionale Bedeutung der Sortieranlage und damit auch der Mengendurchsatz der Anlage zurückgehen wird. „

Die seit 1997 / 1998 zwischen dem Kreis und der Firma Kölsch GmbH bestehende vertragliche Vereinbarung über die Anpachtung einer Teilfläche der Deponie ist erstmals mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum 31.12.2006 kündbar.

Wie ausgeführt, wird sich jedoch ab 2003 die bisherige abfallrechtliche und abfallwirtschaftliche Ausgangslage für den Betrieb der Sortieranlage in gravierender Weise ändern. Dies hängt v. a. mit den Auswirkungen der zum 01.02.2003 in Kraft tretenden Gewerbeabfallverordnung zusammen. In ihr wird für bestimmte Abfälle das Erreichen definierter Verwertungsquoten verbindlich vorgeschrieben. Allerdings sind mit der derzeitigen technischen und personellen Ausstattung der Sortieranlage auf der Zentraldeponie die zukünftig verlangten Sortierquoten nicht zu erreichen.

Auf das beigegefügte Schreiben des Kreises vom 07.11.2002 zu den weiteren Auswirkungen der Gewerbeabfallverordnung auf das Pachtverhältnis mit dem Betreiber der Sortieranlage wird verwiesen.

Eine vorläufige abschließende Beratung bzw. Beschlussempfehlung hat am 29.11.2002 im Umweltausschuss des Kreises stattgefunden. Danach soll der Vertrag mit der Firma Kölsch über den 31.12.2006 hinaus nicht verlängert werden. Im Falle einer alternativen Zuwegung zum Deponiegelände ist über die Vertragsverlängerung neu zu befinden.

Aus Sicht der Stadt Siegen ist eine Verlängerung der Pachtdauer und Erweiterung der Sortieranlage untrennbar verbunden mit den städt. Belangen, vor allem als dem zuständigen Träger der Straßenbaulast der Zufahrtsstraßen (insbesondere der Straße Fludersbach) und der teilweisen Lage des Deponiegeländes auf Siegener Stadtgebiet.

Die Stadt hat dem Kreis gegenüber bisher deutlich gemacht, dass im Interesse der Bürger des Fludersbachtals eine Verringerung des Andienungsverkehres zur Deponie unerlässlich sei. Darüber hinaus sei eine weitere bzw. die Fludersbachstraße ersetzende Zufahrt geboten.

Was den von der Anwohnerschaft als äußerst störend empfundenen Andienungsverkehr mit Hängerfahrzeugen – i. d. R. nicht aus dem Kreisgebiet – angeht, so hatte der Kreis bereits Stellung bezogen, was Eingang in die Verwaltungsvorlage vom 22.03.2002 (Nr. 1843/2002) für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.04.2002 gefunden hatte. Neben der Gesamtübersicht über die mit Wägedaten ermittelten Anlieferungen war mitgeteilt worden, dass wochentags im Durchschnitt ca. 29 Fahrzeuge und samstags durchschnittlich 9 Fahrzeuge sowohl in 2001 als auch – hochgerechnet – in 2002 die Deponie angefahren hatten. Bereits damals war aufgrund der zum 01.02.2003 in Kraft tretenden Gewerbeabfallverordnung prognostiziert worden, dass sich durch den abfallrechtlich vorgeschriebenen Aufwand für Sortieranlagen die Input-Menge deutlich reduzieren würde. Somit gehe man das Jahr 2003 von einer maximalen Anzahl von 15 auswärtigen LKW-Zügen aus.

Weitere Einzelheiten sind dem beigelegten Schreiben des Kreises vom 07.11.2002 nebst Information zur Entwicklung der Verkehrsmengen zu entnehmen, die allerdings auf der Einschätzung vor dem Beschluss des Kreisumweltausschusses vom 29.11.2002 beruhen.

2. Alternative Zufahrtsmöglichkeiten zur Zentraldeponie

In den Fachausschüssen der Stadt und im Rat war der Kreis aufgefordert worden, alternative Zuwegungen zur Deponie zu prüfen. Insbesondere wird hier auf die bereits vorerwähnte Vorlage des Verkehrsausschusses vom 22.03.2002 verwiesen, sowie die Sachstandsberichte der Verwaltung im Bauausschuss am 02.09. und im Bezirksausschuss Siegen-Mitte am 18.11.2002. Einen ähnlich lautenden Antrag hatte auch der Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des Kreises in seiner Sitzung am 16.04.2002 an die Verwaltung des Kreises erteilt.

Neben den beiden Zufahrtsmöglichkeiten über die B 54 (Eremitage) und über die „Faule Birke“ (Autobahnzubringer) wird als dritte Möglichkeit eine Zufahrt über die Leimbachstraße (Zufahrt zur Inertstoff-Deponie) untersucht und zzt. für die wirtschaftlichste gehalten. Betroffen sind v. a. Grundstücksflächen von Wald- bzw. Haubergsgenossenschaften. Die Gespräche bzw. Verhandlungen dazu dauern an.

Darüber hinaus hatte der Rat in seiner Sitzung am 24.04.2002 den Kreis Siegen-Wittgenstein aufgefordert, alternativ zur bestehenden Zentraldeponie Fludersbach verkehrsgünstige, vorrangig an Fernstraßen gelegene Standorte für alle Aktivitäten der Abfallbehandlung und -entsorgung zu suchen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

3. Ausbau der Straße Fludersbach

Mit Verwaltungsvorlage vom 29.05.2002 (Nr. 1840/2002) war dem Bauausschuss am 10.06., dem Verkehrsausschuss am 13.06. und dem Bezirksausschuss Siegen-Mitte am 18.11.2002 v. a. der technische Ausbau der Straße von der Einmündung Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde vorgestellt worden.

Hervorzuheben ist, dass aus Verkehrssicherheitsgründen der Einmündungsbereich Fludersbach / Frankfurter Straße neu signalisiert wird bei Einbeziehung der bestehenden und zu erneuernden Signalisierung des Gesamtknotens Schleifmühlchen.

Unter den bekannten schwierigen Verkehrsverhältnissen (u. a. Andienung der Deponie, möglichst geringe Beeinträchtigung der Gewerbebetriebe, Aufrechterhaltung der Verkehrswege für Feuerwehr, Krankentransport und Notfalldienste) musste eine Einbahnstraßenregelung mit entsprechend geänderter Verkehrsführung in der Friedrich-Wilhelm-Straße getroffen werden. Je nach Baufortschritt, Bedarf und Witterungslage wird die Verkehrsführung angepasst. Die Bauarbeiten werden bis Ende des nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rd. 1,67 Mio. €, worin ein Landeszuschuss von rd. 1,011 Mio. € enthalten ist. Der städtische Anteil wird mit rd. 447.000 € beziffert, der Kreis trägt einen Anteil für die Fahrbahnkosten von rd. 100.000 €; die restlichen rd. 115.000 € werden von den Anliegern über KAG-Beiträge für den Gehwegausbau erhoben.

Hier ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der KAG-Beiträge auf die Stadt als Grundstückseigentümerin des städt. Bauhof und Feuerwehrgeländes entfällt.

Der Anteil des Kreises bezieht sich lediglich auf die Fahrbahn. Eine darüber hinausgehende Beteiligung des Kreises ist mangels rechtlicher und tatsächlicher Verpflichtung nicht zu erwarten.

Ergänzend zu den Ausführungen der Vorlage werden in der Sitzung Vertreter des Kreises Siegen-Wittgenstein zu Fragen alternativer Zufahrtsmöglichkeiten und der künftigen Verkehrsentwicklung Stellung beziehen.

Im Auftrag

Schlenther

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. A.

Schlentherr

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft

Datum
11.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

12.12.2002

Betreff:

Bericht zur Luftqualität in Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Luftqualität in Siegen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen Daten fortzuschreiben und hierüber regelmäßig zu berichten.

Sachverhalt / Begründung:

Der vorliegende Bericht zur Luftqualität stellt einen weiteren Baustein im Rahmen des städtischen Umweltinformationssystems und der laufenden Umweltberichterstattung dar. In ihm werden erstmals die Ergebnisse der in den letzten Jahren im Stadtgebiet durchgeführten lufthygienischen Untersuchungen zusammenfassend dargestellt. Mit dieser Aufbereitung vorhandener Daten sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Information der Kommunalpolitik und der interessierten Öffentlichkeit über die zurückliegende bzw. die aktuelle Luftqualität in Siegen;
- Verbesserung der Datenbasis zur Beurteilung der lufthygienischen Relevanz künftiger Bau- und Planungsvorhaben im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen;

Neben einem Überblick über die lufthygienischen Verhältnisse in Siegen zeigt der vorliegende Bericht gleichzeitig den kommunalen Handlungsrahmen zur Reduktion der Luftbelastung auf. Der aktuelle Umsetzungsstand der bereits im Klimaschutzkonzept aufgelisteten emissionsmindernden Maßnahmen wird dargestellt.

Weitere Erläuterungen des Berichtes erfolgen bei Bedarf in der Sitzung. Je ein Exemplar des Berichtes wurde vorab den Mitgliedern des Ausschusses mit der Einladung übersandt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft

Datum
11.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	09.12.2002
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	12.12.2002

Betreff:

**Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen;
hier: Sachstandsbericht 2002**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 24.06.1998 den Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen beschlossen. Über die Umsetzung der Maßnahmen soll regelmäßig den zuständigen Fachausschüssen berichtet werden.

Die beiliegende Zusammenstellung beschreibt den aktuellen Umsetzungsstand der Einzelmaßnahmen des Klimaschutzkonzeptes. Er kann insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die nachstehende Auflistung gibt hierüber einen Überblick:

Maßnahmen wurden umgesetzt bzw. werden laufend berücksichtigt:	40	(66 %)
Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde begonnen:	6	(10 %)
Noch nicht umgesetzte sowie zurückgestellte Maßnahmen:	9	(15 %)
Entfallene / gestrichene Maßnahmen:	<u>5</u>	<u>(9 %)</u>
Gesamt:	60	(100 %)

40 Einzelmaßnahmen werden bei laufenden Bau- und Planungsprojekten berücksichtigt bzw. wurden bereits umgesetzt .

Bei 6 Maßnahmenvorschlägen wurde mit der Umsetzung begonnen.

In 9 Fällen konnten Maßnahmenvorschläge noch nicht umgesetzt werden, da hierfür die notwendigen Voraussetzungen fehlen, rechtliche Schwierigkeiten bestehen oder andere Zielvorgaben vorrangig berücksichtigt wurden. (1.2, 2.1, 2.14, 3.2.4, 5.7, 6.1, 6.4, 4.7, 4.8)

5 Maßnahmen können nicht mehr realisiert werden, da hierfür die notwendigen Voraussetzungen entfallen sind (3.2.5, 7.1, 7.3, 7.4, 7.6) Hierbei handelt es sich in erster Linie um ausgelaufene Förderprogramme Dritter.

Bereits im Rahmen der erstmaligen Erörterung des Maßnahmenkatalogs in den zuständigen Fachausschüssen wurde seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um keine abschließende Liste handelt. Vielmehr sollten die dargestellten Einzelmaßnahmen in der Folgezeit auf Ihre Tauglichkeit überprüft, aktualisiert und ggfs. durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Der o.g. Sachstandsbericht zeigt, dass mehrere Einzelmaßnahmen zwischenzeitlich überholt bzw. nicht mehr relevant sind.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Maßnahmenkatalog erneut in der bereits im Jahr 1998 einberufenen interfraktionellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ zu erörtern und auf den aktuellen Stand zu bringen. Die Fraktionen werden um Benennung jeweils einer Person für die Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ gebeten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlage: 1

Fachbereich 7
Fachbereichsleitung

Auskunft: Herr Dr. Kraft
Telefon: 3448
Datum: 05.11.2002

Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen

- Sachstandsbericht 11 / 2002 -

1.	Maßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung	
1.1	<i>Anschaffung von schadstoff- und verbrauchsarmen Fahrzeugen</i>	<p>Die aufgeführten Grundsätze für die Beschaffung schadstoff- und verbrauchsarmer Fahrzeuge</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ schwefelfreier Dieseldieselkraftstoff, ➤ bleifreier Kraftstoff, ➤ Katalysatortechnik, ➤ abgasarme Dieselmotoren, <p>werden jährlich bei der Fahrzeugbeschaffung weiterhin berücksichtigt. Die Betankung von 4 Fahrzeugen mit Biodiesel ist nach einem befristeten Versuch wieder aufgegeben worden, weil die Nachteile technischer Art deutlich überwogen. Hierüber wurde der städtische Umweltausschuss am 03.02.2000 unterrichtet.</p>
1.2	<i>Anschaffung von erdgasbetriebenen Fahrzeugen</i>	<p>Erdgasbetriebene Fahrzeuge wurden bisher nicht angeschafft. Da auf dem SVB-Betriebsgelände zwischenzeitlich eine Gas-Schnelltankstelle errichtet wurde, wird derzeit der Einsatz erdgasbetriebener Fahrzeuge bei der Stadt Siegen geprüft.</p>
1.3	<i>Einsatz von Fahrrädern bei der Stadtverwaltung</i>	<p>a) Die <u>Verteilung der Ratspost</u> erfolgt weiterhin durch Fahrradkuriere.</p> <p>b) Von der weiteren <u>Anschaffung von Dienstfahrzeugen</u> wurde bisher abgesehen, da aufgrund einer in 1998 durchgeführten Umfrage in der Verwaltung hierfür kein Bedarf gesehen wurde.</p> <p>c) <u>Förderung der privaten Fahrradnutzung städt. Bediensteter</u></p> <p>Eine entsprechende Kilometerpauschale für die dienstliche Nutzung privater Fahrräder durch die MitarbeiterInnen wird seit Jahren gezahlt. Im Bereich der Verwaltungsgebäude wurden Fahrradständer beschafft sowie entsprechende Unterstellmöglichkeiten angeboten.</p>

1.4	<i>Verzicht auf die Verwendung von Tropenhölzern</i>	Bei der Beschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie im Hochbaubereich werden keine Tropenhölzer mehr angeschafft.
1.5	<i>Verzicht auf die Beschaffung von energieaufwendigen Produkten</i>	Bei sämtlichen Ausschreibungen wird grundsätzlich umweltfreundlichen bzw. recyclingfähigen Materialien Vorrang eingeräumt. Weiter wird darauf hingewiesen, dass gesundheitsschädliche bzw. umweltgefährdende Mittel (einschl. Verpackungsmaterialien) nicht in Umlauf gebracht werden dürfen. Bei der Papierbeschaffung wurde der Anteil von umweltfreundlichem Recyclingpapier zwischenzeitlich auf 60% gesteigert.
1.6	<i>Ausschluss klimaschädlicher Stoffe beim kommunalen Beschaffungswesen</i>	Soweit Beschaffungen im Rahmen der Klima- und Kältetechnik vorgenommen werden, kommen seit Jahren nur noch FCKW-freie Geräte in Betracht.
2.	Maßnahmen im Energiesektor	
2.1	<i>Errichtung von Blockheizkraftwerken zur Energieversorgung städtischen Einrichtungen</i>	Zum Betrieb von Blockheizkraftwerken hat sich zwischenzeitlich noch kein neuer Stand ergeben. Aufgrund der zur Zeit noch geltenden Strompreise ist eine Wirtschaftlichkeit der Anlagen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachzuweisen. Neue Marktentwicklungen werden jedoch beobachtet, um reagieren zu können, sobald die Amortisation von Investitionen dargestellt werden kann.
2.2	<i>Nutzung regenerativer Energien bei der Energieversorgung städtischen Einrichtungen</i>	Die passive Solarenergienutzung wird bei Neubauten grundsätzlich geprüft. Der Einsatz erfolgt, sobald die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann. Für das FJM-Gymnasium und die Hauptschule Eiserfeld wurden solarthermische Anlagen zur Warmwasserbereitung für die Turnhallen mit Mitteln aus dem Energiesparwettbewerb errichtet. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt Siegen wurde eine Photovoltaikanlage auf dem Gebäude der Hauptschule Eiserfeld installiert. Wärmepumpen wurden in den letzten Jahren nicht eingesetzt. Im Hinblick auf die Verwendung von Holzhackschnitzeln als Brennstoff zur Wärmeversorgung werden derzeit in Frage kommende Schulgebäude auf ihre Eignung hin überprüft.
2.3	<i>Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes an öffentlichen Gebäuden durch Wärme dämmende Maßnahmen</i>	Zur Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes an den städtischen Gebäuden werden im Rahmen der Bauunterhaltung in jedem Jahr entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Neubauten erhalten den erhöhten Wärmeschutz (Niedrigenergie-Bauweise) nach den Vorgaben der Energieeinsparverordnung.

2.4	<i>Energieverbrauchsdocumentation in städtischen Gebäuden</i>	Der Energiebericht 2001 des städtischen Energiebeauftragten enthält u.a. eine Übersicht über die Entwicklung der Energieverbräuche in städtischen Gebäuden seit 1997. Ausgehend vom Jahr 1994 hat die Stadt Siegen bis zum Jahr 2000 den Wärmebedarf (witterungsbereinigt) um 26% und die CO ₂ -Emissionen um 32% senken können. Nach Wiederbesetzung der Stelle des Energiebeauftragten wird die entsprechende Datenerfassung weiterbetrieben bzw. neu organisiert.
2.5	<i>Verwendung von Energiesparlampen in öffentlichen Gebäuden</i>	Energie sparende Leuchtmittel werden soweit wie möglich in allen Gebäuden sukzessive eingesetzt. In Schulgebäuden werden zur Zeit im Rahmen eines in den nächsten Jahren weiterführenden Programmes Energie sparende Beleuchtungen mit elektronischen Vorschaltgeräten eingesetzt.
2.6	<i>Energieträgerumstellung auf Erdgas</i>	Nach wie vor wird bei der Sanierung von Heizungsanlagen eine Umstellung auf Erdgas vorgenommen, soweit dies möglich ist.
2.7	<i>Energiesparwettbewerb in städtischen Schulen</i>	Der seit 1995 laufende Energiesparwettbewerb an Schulen wird weitergeführt. Mit einigen Schulen wurden bereits neue Vereinbarungen für diese Aktion getroffen.
2.8	<i>Finanzielle Förderung privater Haushalte bei der Errichtung von Solaranlagen</i>	Im Zeitraum von Juli 1995 bis Ende 2002 wurden 134 Solaranlagen mit einer Gesamtfördersumme von ca. 45.000,- € durch die Stadt Siegen finanziell gefördert. Auch im Haushaltsjahr 2003 sollen Mittel in Höhe von 5.000,- € bereitgestellt werden
2.9	<i>Deponiegasnutzung auf der Hausmülldeponie Fludersbach</i>	Die Maßnahme läuft seit Herbst 1995.
2.10	<i>Energie sparende Maßnahmen bei der Straßenbeleuchtung</i>	Die Straßenbeleuchtung der Stadt Siegen wird sukzessive mit Energie sparenden Lichtquellen ausgestattet - zuletzt in der Birkenbacher Straße. Die Beleuchtungskommission des Bauausschusses befasst sich regelmäßig mit dieser Thematik.
2.11	<i>Festlegung eines verbesserten baulichen Wärmeschutzes in Kaufverträgen bei der Veräußerung städtischer Grundstücke</i>	Seit 1998 werden die unter 2.11 und 2.12 aufgeführten Maßnahmen in alle Verträge über die Vergabe von städtischen Baugrundstücken (durch Verkauf oder Bestellung von Erbbaurechten) aufgenommen.
2.12	<i>Festsetzung emissionsarmer Heizungsanlagen in Kaufverträgen bei der Veräußerung städtischer Grundstücke</i>	

2.13	<i>Dienstanweisung für den Betrieb und die Überwachung der betriebstechnischen Anlagen in den Gebäuden der Stadt Siegen</i>	Die Dienstanweisung für den Betrieb und die Überwachung betriebstechnischer Anlagen in den Gebäuden der Stadt Siegen ist seit dem 01.12.1998 in Kraft und findet flächendeckend Anwendung.
2.14	<i>Einrichtung eines Projektteams zur Projektierung von Nahwärmeinseln im Stadtgebiet</i>	Der Maßnahmenvorschlag wurde bisher noch nicht ausgeführt.
3.	Klimagerechte Bauleitplanung	
3.1	<u>Berücksichtigung klimatischer Randbedingungen bei der Planung von Baugebieten</u>	
3.1.1	<i>Vermeidung einer Bebauung von Nordhängen</i>	siehe unten!
3.1.2	<i>Vermeidung einer Bebauung von Kaltluftammel- und Kaltluftstaugebieten</i>	<p>Die unter den Punkten 3.1.1 bis 3.2.2 beschriebenen Maßnahmen werden - soweit möglich - in die Bauleitplanung eingearbeitet. Eine Ausarbeitung der Bauleitpläne nur nach energetischen Gesichtspunkten kann bei der vorhandenen Topographie nicht durchgeführt werden.</p> <p>Auch sprechen teilweise Förderrichtlinien (Flächen sparendes Bauen bis 400 m²) gegen eine Vergrößerung der Abstände zwischen den Häusern.</p> <p>Die Bebauung von Nordhängen wird aus städtebaulichen Gründen vermieden, wenn nicht andere Bedingungen dieses erforderlich machen. Durch die Festsetzung von Satteldächern und die geplante Ausrichtung der Gebäudeachsen ist die Verwendung von Solaranlagen möglich. Letzteres kann jedoch aus rechtlichen Gründen planerisch nicht festgesetzt werden.</p>
3.1.3	<i>Ausrichtung der Gebäudelängsachsen</i>	
3.1.4	<i>Gestaffelte Gebäudehöhen zur Gewährleistung einer ausreichenden Besonnung</i>	
3.1.5	<i>Gewährleistung ausreichender Besonnung durch Einhalten entsprechender Gebäudeabstände</i>	
3.1.6	<i>Vermeidung einer mehrgeschossigen Bebauung auf Bergkuppen und in oberen Hanglagen</i>	
3.1.7	<i>Schaffung und Ausnutzung vorhandenen Windschutzes</i>	
3.2	<u>Festsetzung energie sparender Maßnahmen in Neubaugebieten</u>	
3.2.1	<i>Passive Solarenergienutzung</i>	siehe oben!
3.2.2	<i>Nutzung regenerativer Energien, z. B. in Form von Solarkollektoren</i>	siehe oben!

3.2.3	<u>Festsetzung immissionsmindernder Maßnahmen im gebäudetechnischen Bereich</u>	
3.2.4	<i>Errichtung und Betrieb von Nahwärmernetzen in Neubaugebieten</i>	Der Maßnahmenvorschlag wurde bisher noch nicht ausgeführt.
3.2.5	<i>Festsetzung von Emissionsgrenzwerten</i>	Im Falle des Bebauungsplanes "Giersberg-Ost" wurde erstmals im Stadtgebiet Siegen der Versuch unternommen, Emissionsgrenzwerte in die Festsetzungen des Bebauungsplanes einzubauen. Ein Gerichtsurteil aus dem Jahre 1996 verbietet dieses.
4.	Emissionsmindernde Maßnahmen im Verkehrssektor	
4.1	<i>Anschluss von vorhandenen und geplanten Baugebieten an das ÖPNV-Netz</i>	In allen neuen Baugebieten wird durch entsprechende Straßenbreite und -führung die Anbindung an den ÖPNV berücksichtigt.
4.2	<i>Flächendeckende Ausweisung von Tempo-30-Zonen</i>	Grundsätzlich wird die Möglichkeit zur Ausweisung flächendeckender Tempo 30 – Zonen in Neubaugebieten geprüft und wenn dies rechtlich möglich ist, auch durchgeführt.
4.3	<i>Radwegeausbau und Priorisierung</i>	Zur Verbesserung der Infrastruktur und Attraktivitätssteigerung sowie zur Sicherheit des Radverkehrs wurden auch in 2002 u.a. folgende Maßnahmen ausgeführt: Neubau von Radwegeabschnitten, Errichtung von Radabstellanlagen, Markierung und Einfärbung von Radwegen Beschilderung von Radwegen, Absenkung von Bordsteinen.
4.4	<i>Verbesserung der Akzeptanz vorhandener P+R-Anlagen</i>	Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte wurde vom Rat der Stadt Siegen am 22.05.2002 beschlossen. In der Kostenwirksamkeitsanalyse sind zur Verbesserung der P + R Akzeptanz Aussagen gemacht worden. Die Umsetzung der 2. Ausbaustufe P + R unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des ÖPNV (Aufgabenträger Kreis Siegen-Wittgenstein) erfordert Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen. Diese sind noch nicht gefasst worden.
4.5	<i>Einrichtung / Ausweitung von Fußgängerzonen und Attraktivierung fußläufiger Verbindungen</i>	Der Maßnahmenvorschlag wird bei städtebaulichen Vorhaben - soweit möglich - berücksichtigt (Beispiele : Bahnhofsvorplatz, Unteres Schloss, Maria-Rubens-Platz).

4.6	<i>Attraktivitätssteigerung des ÖPNV</i>	<p>Die Busbeschleunigung ist Bestandteil des 2. Förderabschnittes Verkehrsrechner. Die Maßnahmen wurden weitgehend abgeschlossen. Busspuren über den vorhandenen Bestand hinaus waren geplant, wurden aber aufgrund gegenläufiger Beschlüsse nicht realisiert.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 11.09.2002 das Haltestellenprogramm Siegen beschlossen. Bei Sicherstellung der Finanzierung werden in den kommenden Jahren ca. 300 der ca. 700 vorhandenen Bushaltestellen modernisiert. Ab 2003 werden alle Haltstellen mit einer neuen Kennzeichnung und Fahrgastinformation ausgestattet.</p> <p>Die übrigen Maßnahmen liegen in der Zuständigkeit des Zweckverbandes.</p>
4.7	<i>Einschränkung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) zugunsten der Teilnehmer des Umweltverbundes</i>	<p>Der Rat der Stadt Siegen hat am 22.05.2002 den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario „Ökologie“ beschlossen. Die Umsetzung der hierin enthaltenen Einzelmaßnahmen zur Reduzierung des MIV werden erarbeitet und müssen noch beschlossen werden (siehe auch 4.6 „Haltestellenprogramm“).</p>
4.8	<i>Pilotprojekt "Wohnen ohne Auto"</i>	<p>Der Maßnahmenvorschlag wurde noch nicht ausgeführt.</p>
5.	Maßnahmen im Natur- und Grünbereich	
5.1	<i>Baumschutzsatzung</i>	<p>In den Jahren 1993 - 2001 wurden 2537 Bäume und 798 Sträucher als Ersatzpflanzungen für zuvor entfernte Bäume festgesetzt.</p>
5.2	<i>Planungsrechtliche Sicherung von Bäumen</i>	<p>Dort, wo es städtebauliche Erfordernisse ermöglichen, werden Bäume planungsrechtlich festgesetzt.</p>
5.3	<i>Baumschutz bei Bauarbeiten</i>	<p>Im Zuge von Baumaßnahmen wird durch die jeweilige Bauleitung die Einhaltung von Baumschutzvorschriften überwacht.</p> <p>Intern wurden MitarbeiterInnen der Bauverwaltung in der Theorie und Praxis zu Fragen des "Baumschutzes auf Baustellen" fortgebildet. Mittlerweile sind alle Beteiligten so weit sensibilisiert, dass gravierende Verstöße nicht mehr zu verzeichnen sind.</p>
5.4	<i>Anpflanzungen neuer Bäume</i>	<p>In den Jahren 2001 – 2002 wurden als Ersatz für 248 notwendige Fällungen städtischer Bäume 241 Bäume und 101 Sträucher als Straßenbegleitgrün und auf städtischen Freiflächen (Schulgelände, Friedhöfe, etc.) gepflanzt.</p>

5.5	<i>Entsiegelungsmaßnahmen</i>	<p>Zur Verbesserung der Standortbedingungen für Bäume wurden im Zeitraum 2001 – 2002 Baumumfeldverbesserungen durch Entsiegelung von Baumscheiben an 10 Bäumen durchgeführt..</p> <p>Es handelte sich hierbei im einzelnen um die Entsiegelung von Baumscheiben an den Standorten:</p> <p>Waldstraße/Adolfstraße (1 Kastanie)</p> <p>Hallenbad Eiserfeld (2 Eichen)</p> <p>Eiserfeld Schwanenapotheke (1 Platane)</p> <p>Rosterstraße/Paul-Fickeler-Weg (6 Ahorn)</p>
5.6	<i>Dach- und Fassadenbegrünung</i>	<p>Im Rahmen der Erstellung von Bebauungsplänen werden regelmäßig auch Möglichkeiten zur Dach- und Fassadenbegrünung geprüft und z. T. auch festgesetzt.</p> <p>In den letzten Jahren wurden zudem zahlreiche Fassadenbegrünungen an Bunkern, Schulgebäuden, Parkhäusern oder sonstigen städt. Gebäuden vorgenommen.</p>
5.7	<i>Innerstädtisches Grün- und Freiflächenkonzept</i>	Bis auf vorbereitende Untersuchungen (Stadtbiotopkartierung, Klimaanalyse) wurde diese Maßnahme noch nicht durchgeführt.
5.8	<i>Anpflanzung von Kleingehölzen, Hecken und Obstwiesen</i>	Seit 1998 wurden von den Abteilungen Grünflächen und Umwelt zahlreiche Obstwiesen, Hecken und Kleingehölze angelegt.
6.	Öffentlichkeitsarbeit	
6.1	<i>Energiesparaktion</i>	Die vom Energie-Kreis Siegen angeregte „Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden“ wurde im Rahmen des Arbeitskreises „Stadtökologie“ der Lokalen Agenda 21 erörtert und zunächst zurückgestellt.
6.2	<i>Klimaarbeitsgemeinschaften in den Schulen</i>	Im Rahmen der laufenden Energiesparaktion in städtischen Schulen haben sich einige Klimaarbeitsgemeinschaften gebildet, die von der Verwaltung informell und durch Bereitstellung von Messgeräten und -koffern unterstützt werden.
6.3	<i>Bereitstellung von Informationen zum Energiesparen und zur CO₂-Vermeidung</i>	Die Abteilung Umwelt der Stadtverwaltung stellt umfangreiches Informationsmaterial zum Energiesparen und zur CO ₂ -Vermeidung kostenlos zur Verfügung. Weiterhin werden regelmäßig ausgeliehen : Energiesparausstellung, Photovoltaikkoffer, Energiesparkoffer, Energiesparlampenkoffer, Unterrichtsmaterial zum Thema Energiesparen.

6.4	<i>Einrichtung eines Energie-Tisches</i>	<p>Auf Einladung der Stadt Siegen und mit finanzieller Unterstützung durch die Siegener Versorgungsbe-triebe und die RWE Energie AG haben sich in der Zeit von Februar bis Juli 1999 zahlreiche Vertreter der örtlichen Handwerkerschaft, Umweltschutz-verbände, Industrie, Versorgungsunternehmen, Architekten sowie engagierte Bürger zu einem Energie-Kreis zusammengefunden. Ziel des extern moderierten Energie-Kreises war in mehreren Ar-beitssitzungen die Entwicklung konkreter und auf das Stadtgebiet bezogener Projekte zur Energie-einsparung und CO₂-Vermeidung. Als Maßnahmen wurden vorgeschlagen :</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden, ➤ Konzeption für ein "Zentrum für Energie und Bauen", ➤ Anlagen-Contracting für eine städt. Schule und ein Mehrfamilienhaus. <p>Nachdem die Einrichtung eines "Zentrums für E-nergie und Bauen" aus finanziellen Gründen bis auf weiteres ausgesetzt wurde, hat der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 01.03.2001 die Durchführung der "Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden" ge-meinsam mit Vertretern des Energie-Kreises be-schlossen. Aufgrund mangelnden Interesses bei externen Projektpartnern wurde die Durchführung dieser Maßnahme jedoch bis auf weiteres zurück-gestellt.</p>
6.5	<i>Bereitstellung von Modell-Solaranlagen für städtische Schulen</i>	Die Abteilung Umwelt der Stadtverwaltung hält nach wie vor Modell-Solaranlagen zum Einsatz im Unterricht in städtischen Schulen zur Verfügung.
6.6	<i>Sonnenenergie-Infotage</i>	Die letzten "Sonnenenergie-Infotage fanden im Jahre 1999 statt. Im Rahmen des „Solarforums Siegen“ werden seit 1998 regelmäßig Informati-onsveranstaltungen zu Solarthemen und zur Ener-gieeinsparung durchgeführt.
7.	Energiesparaktionen örtlicher Versorgungsunternehmen	
7.1	<i>Förderung Energie sparender Haus-haltsgeräte durch das EW Siegerland</i>	Das Förderprogramm ist 1999 ausgelaufen.
7.2	<i>Ausleihe eines Energiesparlampen-koffers an Privatverbraucher</i>	Die Ausleihe eines Energiesparlampenkoffers bei der RWE AG ist auch weiterhin möglich.

7.3	<i>Förderung von Energiesparmaßnahmen in Industrie, Handel und Gewerbe</i>	Das Förderprogramm ist 1998 ausgelaufen.
7.4	<i>Förderung der Nutzung regenerativer Energien durch das RWE / EW Siegerland</i>	Das Förderprogramm ist 1999 ausgelaufen.
7.5	<i>Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien durch einen Umwelttarif der RWE AG</i>	Je nach Inanspruchnahme des Umwelttarifes ist auch in Zukunft die Förderung erneuerbarer Energien vorgesehen.
7.6	<i>Energieberatung durch das RWE / EW Siegerland</i>	Eine Energieberatung im Kundenforum der RWE AG erfolgt nicht mehr.
7.7	<i>Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NW</i>	Die Beratungsangebote sollen auch in Zukunft im bisherigen Maße fortgesetzt werden.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Frau Krämer / Herrn Belke

Datum
26.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

12.12.2002

Betreff:

**Sitzung der städtischen Baumkommission am 21.11.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

In der beiliegenden Niederschrift sind die von der städtischen Baumkommission in ihrer Sitzung am 21.11.2002 getroffenen Empfehlungen zur weiteren Behandlung städtischer Bäume und Gehölzflächen aufgeführt.

Sie werden hiermit gemäß § 6 Absatz 4 der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“ vom 16.06.1998 (Baumschutzsatzung) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 29.11.2001 dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Im Auftrag

Dr. Kraft

Anlage: 1

Stadt Siegen
Fachbereich 7
Abt. 7/4 –Umwelt-
68 80 07/ 2.2

Siegen, 22.11.2002

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung der Baumkommission am 21.11.2002

Beginn der Sitzung: 13.15 Uhr
Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

Teilnehmer:

Herr Schlabach	-	CDU als Vorsitzender
Herr Krombach	-	Bündnis 90/ Die Grünen
Frau Nauck	-	FDP
Herr Vetter	-	UWG
Herr Hoffmann	-	BUND
Herr Unterbäumen	-	Fachbereich 8 –Grünflächen–
Herr Belke	-	FB 7 –Umwelt- zugleich als Schriftführer
Es fehlten entschuldigt	-	Herr Zips, SPD Herr Müller, SPD.

Die Mitglieder der Baumkommission hatten zu folgenden Tagesordnungspunkten zu beraten bzw. Beschlussempfehlungen zu treffen:

TOP 1 – Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 24.10.2002

Die Niederschrift über die o.g. Sitzung der Baumkommission wurde einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 2 – Mitteilungen der Verwaltung

Herr Unterbäumen berichtete, dass im Bereich des Lindenbergfriedhofs ein Ahorn versehentlich entfernt worden ist.

Dieser Ahorn wurde zusammen mit einem benachbarten Ahorn in der Sitzung der Baumkommission vom 13.4.2000 behandelt; der Entfernung wurde nicht zugestimmt. In der Sitzung vom 26.09.2002 wurde der Entfernung des anderen Ahorns zugestimmt. Im Rahmen dieser Fällarbeiten wurde der besagte Ahorn versehentlich mit beseitigt.

Eine Ersatzpflanzung wird im oberen Friedhofsbereich vorgenommen.

TOP 3 – 2 Kiefern, Bromberger Str.

Die ablehnende Entscheidung in dieser Angelegenheit aus der Sitzung vom 24.10.2002 wurde bestätigt; eine erneute Ortsbesichtigung wurde für nicht erforderlich gehalten.

TOP 4 – 2 Linden, Brüderweg

Baum1 (Nr. 40): Die Baumkommission beschloss einstimmig vor Ort, die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen; dort soll über die Auswirkungen der Rissbildung informiert werden (Herr Hoffmann).

Baum 2 (Nr. 270): Die Baumkommission beschloss einstimmig vor Ort, den Antrag abzulehnen. Der Baum soll bis zum Ausbau der Strasse belassen werden.

TOP 5 – Pflege- und Verjüngungsschnitt (2 Weiden, 1 Sorbus, 1 Kirsche), Rehbachstr.

Die Baumkommission beschloss einstimmig vor Ort, der Fällung der Bäume 1 - 3 zuzustimmen. Baum 4 (Kirsche) soll stehen bleiben, die Entfernung wurde einstimmig abgelehnt.

TOP 6 – Pflege- und Verjüngungsschnitt (2 Birken), Auf der Meinhardt 17 und 18

Baum 1: Die Baumkommission stimmte einstimmig nach Erläuterung vor Ort der vorgesehenen Fällung der Birke zu.

Baum 2: Die Baumkommission lehnte mit 3 : 1 Stimmen die Entfernung der Birke ab.

Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass von der Verwaltung als Gefahrenbaum eingestufte Bäume in der Vorlage eindeutig als Solche ausgewiesen werden sollen.

TOP 7 – Pflege- und Verjüngungsschnitt Freudenberger/ Schützenstr.

Die Baumkommission stimmte einstimmig nach Bericht der Verwaltung der vorgesehenen Durchforstung vor Ort zu.

TOP 8 – 1 Douglasie, Friedhof Hermelsbach

Die Baumkommission beschloss einstimmig vor Ort, der Fällung der Douglasie aus den genannten Gründen zuzustimmen.

Als Ersatz ist eine Eibe an gleicher Stelle zu pflanzen.

TOP 10 – Pflege- und Verjüngungsschnitt Elbinger Str.

Die Baumkommission stimmte nach Bericht der Verwaltung einstimmig der vorgesehenen Durchforstung zu.

TOP 18 – 1 Linde, Kutschenweg unterhalb Martinikirche

Die Baumkommission stimmte nach Bericht der Verwaltung einstimmig vor Ort der Entfernung des Baums zu.

Als Ersatz ist 1 Linde vor Ort vorgesehen.

TOP 19 – Pflege- und Verjüngungsschnitt unterhalb des Sportplatz Charlottental

Die Baumkommission stimmte nach Bericht der Verwaltung einstimmig vor Ort der Entfernung der Bäume 1, 3 bis 6 sowie 8 bis 13 zu.

Die Entfernung der Bäume 2 und 7 wird einstimmig abgelehnt.

Eine nicht beantragte Eiche in Schräglage neben Nr. 7 sollte aus Sicherheitsgründen entfernt werden.

TOP 20 – Zuschuss für private Baumpflegemaßnahme, Sieghütter Hauptweg 77 – 97 (Esche)

Die Baumkommission beschloss einstimmig, eine Entscheidung über den Antrag zurückzustellen; am Anfang der Vegetationszeit im nächsten Jahr soll eine Ortsbesichtigung vorgenommen werden um zu entscheiden, ob und in welcher Form ein Rückschnitt erforderlich ist.

TOP 21– Verschiedenes

Frau Nauck fragte nach, warum 2 Eschen an der Achenbacher Str. entfernt wurden. Herr Unterbäumen antwortete, dass die Bäume aus Gründen der Verkehrssicherung gefällt wurden.

Weiterhin bat Frau Nauck die Verwaltung, den Baumstumpf der gefällten Pappel an der Martinikirche fachgerecht nachzuschneiden

Herr Vetter möchte von der Verwaltung wissen, wann die zugesagte Entfernung einer Birke an der Höllenwaldstr. ausgeführt wird.

Außerdem bat er die Verwaltung darum, dass die Fraktion der UWG auch ein Exemplar der Einladungen und Niederschriften der Baumkommission erhält.

Als nächster Sitzungstermin wurde Donnerstag, 19.12.2002, 13.15 Uhr, Fludersbach 46, einvernehmlich festgelegt.

Im Anschluss daran (ab ca. 16.00 Uhr) lädt der Vorsitzende die Mitglieder der Baumkommission, deren Stellvertreter und die mit der Kommission befassten Mitarbeiter der Verwaltung nach Oberschelden, Bürgerhaus, zu einem gemütlichen Zusammensein ein.

TOP 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 17–

wurden aus Zeitgründen vertagt in die nächste Sitzung der Baumkommission am 19.12.2002.

Siegen, den 25.11.2002

.....
(Schlabach)
Vorsitzender

.....
(Belke)
Schriftführer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft / Herrn König

Datum
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

12.12.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Abteilungsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31.10. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognose der Abteilung zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug!

Verwaltungshaushalt:Bewirtschaftungsstand 31.10.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0	0	0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	15.850	4.401	7.600	18.339	22.403	6.553
Sonstige Finanzeinnahmen	500	0		0	0	-500
<u>Einnahmen gesamt</u>	<u>16.350</u>	<u>4.401</u>	<u>7.600</u>	<u>18.339</u>	<u>22.403</u>	<u>6.053</u>

Sonstige Personalausgaben	29.000	8.976	14.682	22.232	29.000	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	42.317	5.232	6.585	26.553	35.617	-6.700
Zuweisungen und Zuschüsse	3.500		786	1.994	2.000	-1.500
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0	0	0	0
<u>Ausgaben gesamt (ohne SN A)</u>	<u>74.817</u>	<u>14.208</u>	<u>22.052</u>	<u>50.779</u>	<u>66.617</u>	<u>-8.200</u>

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-58.467	-9.807	-14.452	-32.440	-44.214	14.253
-------------------------------	---------	--------	---------	---------	---------	--------

HH-Sperre von 10%	2.160
-------------------	-------

Abweichung vom Zuschuss
unter Berücksichtigung der Sperre: **12.093**

Erläuterungen:

Durch eine verantwortliche Bewirtschaftung der bereitgestellten Haushaltsmittel kann der Zuschussbetrag in der Abt. 7/4, der sich aus der Differenz von Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen ergibt, in 2002 voraussichtlich von 58.467 € auf 44.214 € verringert werden.

Bezieht man die 10%-Sperre in diesen Vergleich mit ein, erfolgt insgesamt noch ein Abbau des Zuschusses in Höhe von 12.093 €.

Ergänzende Informationen zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel enthalten die beigefügten Anlagen **1 - 3**.

Vermögenshaushalt:

Im Vermögenshaushalt können geringfügige Mindereinnahmen durch Einsparungen auf der Ausgabenseite ausgeglichen werden.

In der **Anlage 4** ist der Haushaltsvollzug in der Abteilung Umwelt dargestellt.

Informationen zum Stand der Einzelmaßnahmen können bei Bedarf in der Sitzung erfolgen.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 4